

Robert, Rohrbasser, Ruf, Ruffy, Rythen, Scheidegger, Seiler Hanspeter, Sieber, Spielmann, Steinegger, Tschäppät Alexander, Wanner, Wiederkehr, Ziegler Jean, Zisyadis, Züger (52)

Präsident Schmidhalter stimmt nicht
M. Schmidhalter, président, ne vote pas

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung, Art. 3 Bst. k, l, m; 4 Bst. d; 13a

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I introduction, art. 3 let. k, l, m; 4 let. d; 13a

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 15 Abs. 1

Antrag Fischer-Sursee

In Streitigkeiten gemäss Artikel 3 Buchstabe f und im Falle von Artikel 13a sind die Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse der Parteien zu wahren.

Schriftliche Begründung

Der geltende Artikel 15, der den Schutz der Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse gewährleistet, beschränkt sich dem Wortlaut nach auf die sogenannte Lockvogelpolitik (Art. 3 Bst. f). Die Gerichtspraxis ist dazu übergegangen, den Schutz des Artikels 15 auch auf andere lauterkeitsrechtliche Bestimmungen anzuwenden.

Dieses Schutzbedürfnis besteht unzweifelhaft auch bei der Umkehr der Beweislast nach Artikel 13a. Im Interesse der Rechtssicherheit ist das im Gesetz festzuhalten und nicht der Interpretation der Rechtsprechung zu überlassen. Daher ist der geltende Artikel 15 entsprechend mit dem Zusatz «... und im Falle von Artikel 13a» zu ergänzen.

Art. 15 al. 1

Proposition Fischer-Sursee

Dans les litiges fondés sur l'article 3 lettre f et dans le cas de l'article 13a, les secrets de fabrication ou d'affaires des parties seront sauvegardés.

Fischer-Sursee: Mein Antrag will sichern, dass Geschäftsgeheimnisse trotz der Umkehrung der Beweislast nicht preisgegeben werden müssen. Wird nämlich im Einzelfall die Beweislastumkehr verfügt, hat der Werbende seine Tatsachenbehauptung zu beweisen. Dazu muss er oft Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse offenlegen. Es geht natürlich nicht an, dass die Gegenpartei diese Geheimnisse zur Kenntnis erhält. Deshalb sieht Artikel 15 des geltenden UWG vor, dass bei der «Lockvogelpolitik» die Geschäfts- und Fabrikationsgeheimnisse nicht offenbart werden müssen in dem Sinne, dass sie der Gegenpartei nicht zur Verfügung gestellt werden. Es ist so vorzugehen, dass der Schutz gewährleistet ist. Meistens überprüft ein Experte die Sache, ohne dass sie der Gegenpartei offenbart wird.

Der geltende Artikel 15 schränkt den Schutz der Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse dem Wortlaut nach nur auf Artikel 3 Buchstabe f – die sogenannte Lockvogelpolitik – ein. Das ist zu eng. Das hat man in der Rechtsprechung bereits gemerkt, und die Gerichte sind dazu übergegangen, im Einzelfall den Schutz der Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse auch auf andere lauterkeitsrechtliche Bestimmungen auszuweiten.

Wenn die Beweislast umgekehrt wird, müssen in unserem Fall allenfalls Geheimnisse geoffenbart werden. Ich möchte hier nun Klarheit haben und diesen Fall ausdrücklich in Artikel 15 miteinbauen und es nicht einfach der Rechtsprechung überlassen, ob Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse allenfalls geschützt werden.

Dieser Antrag ist nicht überflüssig. Frau Danuser hat geglaubt, er sei nicht mehr nötig, nachdem ja Artikel 13a sehr milde formuliert ist und der Richter nur in bestimmten Fällen die Beweislast umkehren kann. Artikel 13a sagt nur, unter welchen Voraussetzungen und unter welchen Bedingungen die Beweislast überhaupt umgekehrt werden kann. Er sagt aber über den Schutz der Fabrikationsgeheimnisse nichts aus. Deshalb ist es nötig, dass noch ausdrücklich gesagt wird, dass im Prozessverfahren dann diese Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse gewährleistet sind. Ich glaube, es ist im Interesse der Allgemeinheit, dass auf diesem Wege nicht Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse des Mitbewerbers ausgedünnet werden.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je me suis déjà exprimé favorablement en ce qui concerne cet amendement utile.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag Fischer-Sursee
Dagegen

offensichtliche Mehrheit
Minderheit

Ziff. II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes
Dagegen

56 Stimmen
39 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

93.115

**Folgeprogramm
nach der Ablehnung
des EWR-Abkommens
(Swisslex)
Bundesgesetz
über die Ein- und Ausfuhr
von Erzeugnissen
aus Landwirtschaftsprodukten.
Aenderung**

**Programme consécutif
au rejet de l'Accord EEE
(Swisslex)
Loi fédérale sur l'importation
et l'exportation de produits agricoles
transformés. Modification**

Botschaft und Gesetzentwurf vom 24. Februar 1993 (BBl I 805)

Message et projet de loi du 24 février 1993 (FF I 757)

Beschluss des Ständerates vom 18. März 1993

Décision du Conseil des Etats du 18 mars 1993

Kategorie IV, Art. 68 GRN – Catégorie IV, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Mehrheit

Eintreten

Minderheit

(Blocher, Dreher, Mauch Rolf, Schwab)

Eintreten und Rückweisung an den Bundesrat

Die vom Bundesrat erneut vorgelegten «Eurolex-Geschäfte» sind an den Bundesrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, ein ordentliches Vernehmlassungsverfahren durchzuführen und die Vorlagen (im positiven Fall) neu vorzulegen.

Eventualantrag der Minderheit

(falls der Rückweisungsantrag abgelehnt wird)
Ablehnung der Vorlage

Proposition de la commission

Majorité

Entrer en matière

Minorité

(Blocher, Dreher, Mauch Rolf, Schwab)

Renvoyer l'objet au Conseil fédéral

Les «objets Eurolex» à nouveau présentés sont à renvoyer au Conseil fédéral avec le mandat d'effectuer une procédure de consultation ordinaire et (en cas de réponse positive) de les soumettre encore une fois au Parlement.

Proposition subsidiaire de la minorité

(en cas de refus de la proposition de renvoi)

Rejet du projet

M. **Perey**, rapporteur: Les modifications proposées de la loi fédérale sur l'importation et l'exportation de produits agricoles transformés sont les mêmes que celles discutées lors du débat du 23 septembre dernier où notre conseil avait accepté, par 55 voix contre 10, les propositions du Conseil fédéral, puis, en votation finale, par 128 voix contre 33. Je pense donc qu'il est inutile de revenir en détail sur le sujet. Je me bornerai à vous rappeler très brièvement les changements prévus.

A l'article premier, l'alinéa premier a été biffé. Il renvoyait à une liste annexée les produits soumis au régime de la compensation des prix et, cette liste devant être soumise à révision, il est préférable de l'annexer à l'ordonnance d'exécution plutôt qu'à la loi, de façon à faciliter son amendement.

A l'article 3, même remarque en ce qui concerne les contributions que le Conseil fédéral peut apporter aux exportations.

En conclusion, la majorité de votre commission, par 15 voix sans opposition et avec 2 abstentions, vous prie d'accepter la modification de cette loi telle qu'elle est proposée.

Baumann, Berichterstatter: Es geht bei dieser Vorlage um eine Revision des sogenannten «Schoggi-Gesetzes» aus dem Jahre 1974. Die Artikel 1 und 3 sollen offener gehalten werden und der Schweiz gestatten, mit der EG, sobald diese überhaupt verhandlungswillig ist, den Mechanismus des EWR-Protokolls 3 in einem bilateralen Verhältnis zu realisieren.

Die schweizerische Nahrungsmittelindustrie ist heute auf europäischen Märkten diskriminiert, und sie wird es auch sein, wenn das EWR-Abkommen in Kraft tritt. Der Mechanismus des EWR-Protokolls 3 würde diese Diskriminierung beseitigen.

Es geht darum, dass das schweizerische Rohstoffpreis-Handicap wegen dem erhöhten schweizerischen Agrarpreisniveau ausgeglichen wird. Deshalb müssen wir die nationale Gesetzgebung so gestalten, das der Bundesrat bilateral verhandeln kann. Die Inkraftsetzung soll deshalb auch in die Kompetenz des Bundesrates gelegt werden.

Unsere Produktliste, d. h. die Liste der Produkte, bei denen dieser Ausgleichsmechanismus spielen soll, wurde bisher auf Gesetzesstufe in einem Anhang geführt. Weil diese Liste der Produkte im Fluss ist, soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, auch andere Erzeugnisse aus Landwirtschaftsprodukten diesem Mechanismus zu unterstellen. Es geht also um eine Flexibilisierung. Dafür oder als Gegenleistung wird der Bundesrat dem Parlament dann jährlich Bericht erstatten müssen.

Die Lebensmittelindustrie umfasst zurzeit etwa 154 Industriebetriebe mit etwa 23 500 Arbeitsplätzen; eine Oeffnung des Absatzmarktes für unsere Erzeugnisse aus Landwirtschaftsprodukten auch im Ausland wäre willkommen. 1992 wurden – gestützt auf dieses Gesetz – 106 Millionen Franken für Ausfuhrerstattungen bezahlt. Beim Import wurden 84 Millionen Franken abgeschöpft. Die EG hat am 5. Februar 1993 signalisiert, dass sie hier diskussionsbereit ist.

Die Kommission hat mit 15 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen dieser Vorlage zugestimmt. Ich kann Ihnen im Namen der Kommission deshalb auch Annahme der Vorlage empfehlen.

Präsident: Die Anträge der Minderheit Blocher wurden zurückgezogen.

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I–III

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I–III

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes

72 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

92.046

Neue Technologien im Fertigungsbereich. Sondermassnahmen

Nouvelles techniques de fabrication. Mesures spéciales

Bericht des Bundesrates vom 6. Mai 1992 (BBI III 833)
Rapport du Conseil fédéral du 6 mai 1992 (FF III 814)

Beschluss des Ständerates vom 6. Oktober 1992
Décision du Conseil des Etats du 6 octobre 1992

Kategorie III, Art. 68 GRN – Catégorie III, art. 68 RCN

Antrag der Kommission

Kenntnisnahme vom Bericht

Proposition de la commission

Prendre acte du rapport

M. **Zwahlen**, rapporteur: Le rapport sur les mesures spéciales de promotion des nouvelles techniques de fabrication, relatif aux exercices 1990 et 1991, émane du Conseil fédéral. Il s'agit de mesures spéciales prises en faveur de la promotion de nouvelles techniques désignées sous le nom de Programme d'action CIM que nous appellerons CIM, à ne pas confondre avec le célèbre humoriste français qui nous dit toujours: «Qu'est-ce qu'elle a ma gueule!»

Ce rapport, publié le 6 mai 1992, résume les activités 1990 et 1991 et nous est soumis pour en prendre acte. Nous pouvons déplorer au passage le décalage très long, de près d'une année, puisque ce rapport est sorti au mois de mai et que nous en discutons au mois d'avril. Cette discussion tardive n'est pas pour mettre en valeur l'efficiency de notre Parlement.

Je vous rappelle que c'est en mars 1990 – il y a donc exactement trois ans – que les Chambres fédérales ont adopté un arrêté fédéral qui a permis le financement de ces mesures spéciales en faveur de l'économie. Sur un crédit de 102 millions, 82 millions de francs sont consacrés à la création des centres CIM et 20 millions à la promotion de la recherche dans les domaines des nouvelles techniques de fabrication. Le Conseil fédéral souligne que le Programme d'action CIM est toujours

Folgeprogramm nach der Ablehnung des EWR-Abkommens (Swisslex) Bundesgesetz über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten. Aenderung

Programme consécutif au rejet de l'Accord EEE (Swisslex) Loi fédérale sur l'importation et l'exportation de produits agricoles transformés. Modification

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Aprilsession
Session	Session d'avril
Sessione	Sessione di aprile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.115
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	27.04.1993 - 15:00
Date	
Data	
Seite	756-757
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 658

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.